

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, Do 04.04.2013

Seite 29

Standardartikel

USA

Tageszeitung Journalismus Mediation Journalist

Unternehmen WikiLeaks

Bradley Manning

Medien

Innere Sicherheit

Große amerikanische Zeitungen wie die "New York Times" beschäftigen Redakteure, die zwischen Journalisten und Lesern vermitteln sollen. Doch nicht überall ist die Arbeit der Ombudsleute erwünscht

VON THOMAS SCHULER

Als im Dezember auf einem Armeestützpunkt im US-Bundesstaat Maryland die Anhörung im Gerichtsverfahren gegen Bradley Manning begann, jenes amerikanischen Soldaten, der Wikileaks Hunderttausende von geheimen Dokumenten zugespielt hat, da rügte Margaret Sullivan ihre Zeitung. Die Ombudsfrau fragte irritiert: Wieso war darüber nichts in der New York Times zu lesen? Warum müssen Amerikaner den britischen Guardian lesen, um sich zu informieren? Immerhin war die Times 2010 einer der Kooperationspartner von Wikileaks und wertete die Dokumente exklusiv aus. Die Entscheidung, keinen Reporter zu Mannings Anhörung zu entsenden, sei bizarr und ein klares Versäumnis.

Die New York Times nahm sich ihre Worte zu Herzen, schickte fortan einen Mitarbeiter in den Gerichtssaal und so erfuhren ihre Leser im Februar, dass Manning die Dokumente ursprünglich der Washington Post habe geben wollen. Weil er sich dort in einem Telefonat nicht ernst genommen fühlte, wandte er sich angeblich an die New York Times und bat den Vorgänger von Margaret Sullivan um Rückruf. Weil der nicht reagierte, landete Manning bei Wikileaks. Man könnte behaupten, der Public Editor der New York Times, wie die Zeitung ihren Ombudsredakteur nennt, habe eine ganz besondere Verpflichtung, Manning nicht ein zweites Mal im Stich zu lassen.

Das Beispiel zeigt nicht nur die Bedeutung der Ombudsleute, sondern auch, dass die Öffentlichkeit keine klare Vorstellung hat über die Aufgaben des Public Editor. Denn anders als Manning annahm, steht er außerhalb der Redaktion: ein unabhängiger Kontrolleur mit besonderem Zugang. Aber kein Nachrichtenbeschaffer.

Die New York Times hat sich Jahrzehnte lang geweigert, sich von einem Ombudsmann kontrollieren zu lassen. Bis vor zehn Jahren bekannt wurde, dass einer ihrer Reporter, Jayson Blair, Quellen zitierte, mit denen er nie gesprochen hatte, Dinge erfand und Berichte aus anderen Zeitungen abschrieb, ohne die Quelle zu nennen. Der damalige Chefredakteur musste gehen und sein Nachfolger Bill Keller kündigte an seinem ersten Tag 2003 an, einen Public Editor zu ernennen, um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Ausgesucht und eingestellt ist er vom Chefredakteur, aber nur dem Verleger verantwortlich.

Der Ombudsmann mahnt und kritisiert - und gilt als jemand, der die Hand beißt, die ihn füttert. Der erste Public Editor sagte nach Ende seiner Tätigkeit: Es sei ein Job, der einsam macht. Man stehe als eine Art Schiedsrichter zwischen Lesern und Redakteuren, werde in der Redaktion aber oft als Gegner wahrgenommen. Dabei leistet er echte Vertrauensarbeit. Indem er Lesern die Kriterien für die Qualität in der Berichterstattung zeigt und offenlegt, wie viel Geld sich die Zeitung bestimmte Recherchen hat

kosten lassen.

Dass man in den USA derzeit von einer Krise der Ombudsleute spricht, liegt an der Washington Post, einer der ersten amerikanischen Zeitungen, die in den 60ern einen Ombudsmann einrichtete. Als die Reporterin Janet Cook 1980 eine Reportage über einen achtjährigen, heroinabhängigen Jungen erfand, mit "Jimmy's World" einen Pulitzer-Preis gewann und die Post die Auszeichnung nach Bekanntwerden des Skandals zurückgeben musste, arbeitete der damalige Ombudsmann Bill Green den Skandal nach der Maßgabe auf, egal wie schmerzhaft, die Leser sollten alles erfahren und die Post wollte kritischer mit sich ins Gericht gehen als jede andere Zeitung. Das gelang und das trug dazu bei, dass die Zeitung ihre Glaubwürdigkeit behielt. Ende Februar nun hat die Verlegerin der Post die Position des Ombudsmannes abgeschafft und durch einen harmlos wirkenden Leservertreter ersetzt. Es klang, als wolle man einen lästigen Kritiker loswerden. Künftig agiert er nicht mehr unabhängig von der Redaktion, sondern ist Teil davon und reicht lediglich Beschwerden weiter, so wie es in Deutschland üblich ist. Übrig bleibt ein Leserbrief-Redakteur, kein unabhängiger Ombudsmann.

Auch die New York Times hatte zwischenzeitlich nach dem zweiten Public Editor 2007 überlegt, die Position nicht mehr zu besetzen. 2012 entschied sich die Chefredakteurin, Jill Abramson, für Margaret Sullivan. Sie hat 32 Jahre als Reporterin, Kolumnistin und Chefredakteurin der Buffalo News gearbeitet, bevor sie im September zur ersten Ombudsfrau der New York Times berufen wurde. Sie gehe Fragen der Leser und der journalistischen Integrität nach, wie es die Times formuliert. Sullivan betont regelmäßig: "Ich spreche nur für mich." Nach ihrer Ernennung sagte Abramson, ausschlaggebend für Sullivans Wahl sei gewesen, dass sie sich den neuen Verbreitungsformen angepasst und sich mit Lesern online, gedruckt und in Person ausgetauscht habe. So macht sie es auch als Ombudsfrau: Sie schreibt nicht nur eine Kolumne auf der Meinungsseite, sondern bloggt, chattet und twittert. Sie ist Teil der Strategie der Times, digitaler zu werden.

Der Huffington Post sagte Sullivan, die Beziehung zwischen Lesern und der Nachrichtenorganisation sei an einem Wendepunkt angelangt und nie so wichtig gewesen wie heute. Als Hauptaufgabe sehe sie es, transparent zu machen, wie die Zeitung funktioniere. Sie informiert über die wirtschaftliche Lage des Verlags oder die Folgen einer investigativen Recherche in China; sie sucht das Gespräch und schreibt im vertraut-informellen Stil einer Brieffreundin. Als sie im November für eine Woche nach Europa fuhr, wünschten Leser ihr eine gute Reise. Als sie im Februar erneut ankündigte, sie verreise, beschied ein Leser barsch: "Angesichts dessen, dass Sie jede wirkliche Kontroverse um Recherchen der Times vermeiden und nur langweilige Themen aufgreifen, tut es mir leid zu sagen, dass wir Sie nicht sehr vermissen werden."

Dabei stimmt nicht, dass sie kontroverse Themen meidet. Zwar wirkt es abgesprochen, wenn sie fordert, die Zeitung müsse das Autorisieren von Zitaten verbieten und die Chefredakteurin Tage später eine entsprechende Anweisung verkündet. Es ist vielleicht nicht besonders mutig, wenn sie erklärt, warum Nachrufe auf Seite eins landen und wie man vorgehen sollte, um eine Berichtigung durchzusetzen. Aber sie kritisiert deutlich, wenn harmlose und unterhaltende Geschichten die Titelseite schmücken, während eine wichtige Nachricht versteckt wird. Als die Wirtschaftsredaktion eine Konferenz mit vielen Managern veranstaltete, warnte sie vor Interessenskonflikten und davor, eine harmlose PR-Plattform zu bieten, statt kritisch zu berichten.

Nach ihren ersten sechs Monaten, 16 Kolumnen und fast 100 Blögeinträgen zog sie vor einer Woche Bilanz und erinnerte an den Tiefpunkt der Berichterstattung, als die Times nach dem Schulmassaker in Newton völlig fehlerhaft den falschen Mann als Täter bezeichnete und falsch über die Waffen des Schützen und die Rolle seiner Mutter berichtete. Sie hat keine Angst, sich zu korrigieren. Zunächst war sie dagegen, die Bezeichnung "illegaler Einwanderer" abzuschaffen; jetzt sei sie dafür, schrieb sie an diesem Mittwoch, weil sie Menschen verletze. Das Wort "undokumentiert" sei besser.

Als die Times im März im Online-Debattenforum Room to Debate tatsächlich fragte, ob Frauen führen können, schrieb Sullivan spürbar verärgert, diese Debatte mit einer Frage einzuleiten, die sich von selbst beantworte, sei vielleicht nicht der beste Weg. Sie titelte: "Is There Really Room to Debate

Whether Women Can Lead?" Ist wirklich Raum für diese Debatte? Auch das war natürlich rhetorisch gemeint.

Die "Washington Post" bekam ihren Leserausschuss nach einer erfundenen Reportage im Blatt

Textergänzung:

Bildunterschriften: Was kostet eine Recherche, und wie werden Entscheidungen gefällt? Der Public Editor soll die New York Times ihren Lesern näherbringen .

FOTO: GETTY IMAGES